Nr. 281. Sonntag, den 1. Dezember 1907. 21. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) durch die Post bezogen ohne Bringegeld monatlich ℳ 1.20, vierteljährlich ℳ 3.60; durch die Kolporteure wöchentlich 30 ₰ frei ins Haus.
Einzelne Nummer 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Kreuzbandsendungen monatlich ℳ 2.70, für das Ausland monatlich ℳ 3.50.

Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Hamburg 36 Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersson in Hamburg.

Anzeigen die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 35 ₰. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 20 ₰. Anzeigen-Annahme Fehlandstr. 11, Erdgeschoß (bis 5 Uhr Nachmittags), in den Filialen (bis 4 Uhr Nachm.), sowie in allen Annoncen-Bureaux. Platz- u. Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen.
Buchhandlung und Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstr. 11, Erdgeschoß.

Filialen: St. Pauli bei Heinr. Koenen, Sophienstr. 44. Eimsbüttel, Langenfelde bei Carl Dreyer, Fruchtallee 42, Eimsbüttel. Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehmweg 51, Eppendorf. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Bachstr. 12, Barmbeck. Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn, Schiffbeck und Billwärder bei Carl Ortel, Baustr. 26, Borgfelde. Hammerbrook, Rotenburgsort und Veddel bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstraße 33, Hammerbrook. Eilbeck, Wandsbeck, Hinschenfelde und Ost-Barmbeck bei Franz Krüger, Kurze Reihe 34, Wandsbeck. Altona bei Friedr. Ludwig, Bürgerstr. 118. Ottensen, Bahrenfeld bei Joh. Heine, Bahrenfelderstr. 129, Ottensen.

Hierzu **fünf** Beilagen und das Illustrierte Unterhaltungsblatt **„Die Neue Welt.“**

Ausbeuter-Idealismus.

Edelsinn, Selbstlosigkeit, Wertschätzung höherer Ziele als grobsinnliche Genüsse und Reichtümer, Ziele, die nur von der Idee ihren Wert erhalten, das verbindet man gewöhnlich mit „Idealismus“ als ethischen Begriff (in der theoretischen Philosophie bedeutet das Wort etwas ganz anderes) und stellt ihn als Lichtgeist dem (praktischen) Materialismus gegenüber.

Richtige Idealisten, wenigstens subjektiv, sind auch die Schwärmer für falsche Ideale, für Idole oder Phantome. Wer im Duell freiwillig sein Leben wagt, um seine lädierte „Ehre“ zu reparieren, ist zwar ein Narr, aber immerhin ein Idealist. Jener Haushofmeister, von dem Börne erzählt, er habe sich den Degen ins Herz gerannt, weil auf der Tafel für den Prinzen Conti, die er zu arrangieren hatte, ein Gericht Stockfische fehlte, war zwar selber ein Stockfisch, aber ein idealistischer; ebenso wie der berühmter französische Tragiker Racine, als Poet freilich ein Genie, der aus Kummer krank ward und starb, weil Serenissimus mit ungnädigem Blicke an ihm vorüberging. Auch der Schillersche Räuber Schweizer gehört in die Kategorie; er schießt sich eine Kugel in den Kopf, weil die Canaille Franz Moor sich erdrosselt hat und ihm damit zuvorkam, so daß er den Auftrag seines Hauptmanns nicht mehr ausführen kann.

Aber sind auch die Spiegelberg und Schufterle Idealisten, die Räuber, um zu rauben? Wenn man das Wort Idealist von dem Streben nach Verwirklichung einer Idee herleitet, sicherlich. Aber wer ist dann kein Idealist? Auch der eingefleischte Geldmensch ist es, der seinem Profit skrupellos nachjagt. Auch der Wucherer, der die „Idee“ zu realisieren trachtet, anderer Leute Besitz an sich zu bringen. Auch der rabiate Hochschutzzöllner und hartgesottene Ausbeuter sind nach dieser philologischen Deutung Idealisten.

Das erscheint dem Leser paradox, schnurrig. Aber haben nicht beim Kampf um die Getreidezölle die Junkerblätter häufig die Flagge des Idealismus gehißt? Darüber hat man gehöhnt. Aber die neueste Theorie der „Kölnischen Zeitung“, die auch die kapitalistische Ausbeuterei idealistisch verklärt, hat uns den Sinn erschlossen.

Auf dem zentralverbändlerischen Bankett hat bekanntlich die preußische Exzellenz die Kirdorff und Konsorten mit einer Predigt über „Idealismus“ amüsiert. Darauf kommt nachträglich das Sprachorgan der rheinischen Großindustriellen zurück und philosophiert in einem Leitartikel über gesunden und ungesunden Idealismus, erklärt, das Ideale im politischen Leben bestehe in der Unterordnung der eigenen Interessen unter die der Gesamtheit und giebt dann folgende These zum Besten: „Der politisch tätige Staatsbürger kann wohl das Interesse einer mit der seinigen zusammenhängenden Gruppe innerhalb des Staatskörpers vertreten, nicht aber ausschließlich sein eigenes, individuelles, ohne dem Widerspruch und Widerstand der Gesamtheit zu begegnen.

In die nüchterne Sprache verdolmetscht heißt das: Wer bloß sein persönliches Interesse politisch verfolgt, ist kein Idealist; wer aber mit seiner Gruppe oder Klasse sein Klasseninteresse verfolgt, ist ein veritabler, ächter Idealist. Das ist natürlich auf die Kirdorff und Konsorten und gegen eine Sozialpolitik gemünzt, die jenen wider den Strich geht. Die Zentralverbändler also samt und sonders Idealisten! Ihr Widerstand gegen Fortführung des Arbeiterschutzes: Idealismus. Denn der einzelne hat ja nicht seine individuellen Interessen im Auge, sondern die Kollektivinteressen seiner Gruppe, seiner Klasse.

Eine feine erbauliche Apologie der Unternehmerautokratie. Mit einem Wort: Ausbeuter-Idealismus. Nun soll noch einmal jemand die Zentralverbändler mit Idelismus haranguieren! Man wird ihm zeigen, was eine Harke ist und ihn mit seinem eigenen Prinzip abführen: Der Herrenstandpunkt, der Arbeitertrust, das ist ja eben der Kapitalisten-Idealismus!

Die alten griechischen Sophisten waren Stümper gegen die modernen Sophisten des Kapitalismus.

Wie steht es aber mit den Arbeitern, die doch auch nicht individuell, sondern kollektiv für die Hebung ihrer Klassenlage wirken und kämpfen? und deren Klassenkampf von dem der Unternehmer darin grundverschieden ist, daß sein Endziel Befreiung nicht blos des Proletariats, sondern aller Menschen bedeutet, wie unser Programm sagt. Die „Kölnische“ fühlt, daß sie nach ihrer Theorie dem verfemten proletarischen Klassenkampf den Idealismus nicht absprechen kann. Da sie ihn aber pflichtschuldigst schlecht machen muß, sagt sie, er jage einem utopistischen Ideal nach, indem sie die schon hundertmal widerlegte Mär auftischt, die sozialistische Bewegung trachte nach Herstellung unbedingter Gleichheit sogar mit Bezug auf Wissen und Können; die Natur aber, belehrt sie uns in weiser Ueberlegenheit, kenne nichts absolut Gleiches usw.

Stunde das z. B. in der „Freisinnigen Zeitung“, so würden wir an Ignoranz glauben. Die „Kölnische“ aber weiß sehr gut, daß kein Geringerer als Engels solche absolute Gleichheitsforderungen absurd genannt hat. Aber sie stellt sich dumm, zugleich um der sozialen Parität der Arbeiter mit den Unternehmern und dem gleichen politischen Wahlrecht eins auszuwischen! Ob nicht die „K. Z.“ für ihre prächtige Theorie den Nobelpreis davonträgt?!

Der Klerikalismus in Oesterreich.

Wien, Ende November.

In der zweiten Hälfte des Monats November hat in Wien der sechste österreichische Katholikentag stattgefunden. Man kennt diese Art von Kongressen in Deutschland, denn die Paraden des Zentrums sind nichts anderes: eine Mischung von Kirmeß, Prozession und Zirkus.

Man hat deshalb von den bisherigen Tagungen des Klerikalismus in Oesterreich wenig Notiz genommen und hätte es auch diesmal nicht getan, wenn nicht aus dem übermütigen Siegergeschrei der schwarzen Horde herauszuhören wäre, daß die Führer derselben Morgenluft zu wittern vermeinen und den Wiederanbruch der Tage von einst für bevorstehend halten würden, da klerikal in Schule, Gesetzgebung und Verwaltung Trumpf war wie zur Konkordatszeit. Diese Zuversicht, die sich in den Reden der schwarzen Generäle brutaler als sonst aussprach, hat die bürgerlichen Parteien etwas beunruhigt, vor allem aber war und ist es die Tatsache, daß der Klerikalismus heute wirklich und wahrhaftig regierungslüstern geworden ist und zwei seiner fanatischsten Vertreter in das Ministerium entsendet hat, so daß man nicht mehr von einem Kabinet Beck, sondern von einem Kabinet Geßmann spricht.

Noch bildet sich der Ministerpräsident ein und will es auch anderen glaubhaft machen, daß seine Politik eine Politik der mittleren Linie sein könne. Aber der gute Mann täuscht sich oder die Oeffentlichkeit: wer vom Papste ißt, der ist mit Gift versehen. Mit Roms Knechten läßt sich keine Politik der mittleren Linie machen. Von welcher Art die Bestrebungen der österreichischen Zentrumsführer sind, das illustrieren die auf dem Katholikentag gefallenen Aussprüche mit einer Deutlichkeit, wie sie bei den Zusammenkünften der klerikalen Himmelspatrioten noch nie zu Tage getreten ist. „Wir führen einen Kampf für unsere geistige Freiheit, einen Kampf gegen den Despotismus der Neuzeit, der aus der Revolution hervorgegangen ist und zur Revolution führen muß“ nennen wir ihn, wie wir wollen: Freimaurerei, Freidenkertum, Sozialdemokratie, Pöbelherrschaft . . .“ „Die Universitäten dürfen nicht weiterhin ein Boden für Umsturzideen, ein Boden für die Revolution, ein Boden für Vaterlands- und Religionslosigkeit sein . . .“ „Die Raupe der modernen philosophischen Spekulation hat man in das Volk hineingetragen und heraus flog der Schmetterling Sozialdemokratie . . .“ „Es ist Pflicht der Katholiken mit aller Macht dahin zu wirken, daß das Unterrichtswesen von unten angefangen bis zur Spitze wieder in die Hände derjenigen kommt, ohne welche es eine Wissenschaft auf der Ganzen Welt nicht geben wird . . .“ „Katholisch heißt, daß diese Religion für alle Länder, alle Völker, alle Nationen, alle Erdteile besteht . . .“ „Das Endziel unserer Gegner ist nicht Ehereform und freie Schule, sondern die vollständige Entchristlichung der Gesetzgebung und aller öffentlichen Einrichtungen durch die Entchristlichung des Staates, Entchristlichung des Volkes, Vernichtung der katholischen Kirche. Wir Katholiken Oesterreichs wollen nicht in Katakomben leben, wir beanspruchen einen Platz an der Sonne dieses Reiches. Mit Gut und Blut haben wir dieses Recht erworben, und wir werden es, wenn es sein muß, mit Gut und Blut zu verteidigen wissen. Oesterreich wird katholisch sein oder es wird nicht sein. . . .“

Diese Auslese von Kraftstellen enthüllt nicht bloß die Ziele der klerikalen Politik, sondern auch die Taktik der Partei und ihren moralischen Habitus. Gewiß ist alles das nicht neu, sondern von früher her bekannt. Aber in Oesterreich ist es noch nie mit solcher Schärfe, solch provokatorischer Deutlichkeit und Siegeszuversicht gesagt worden. Auch sind die Umstände, unter welchen die Klerikalen jetzt ihre Fanfaren ausstoßen, ganz andere wie ehedem. Zwei klerikale Minister, die sich bald vermehren dürften, im Parlament eine klerikale Mehrheit mit einem klerikalen Präsidenten, in Wien und Niederösterreich ein klerikales Regiment; die bürgerlichen Parteien zerrissen, ohnmächtig und feiger noch als sonst, fast ganz der klerikalen Führung und Bevormundung hingegeben; die Regierung ein Werkzeug der klerikalen Partei; der Hof, wenigstens soweit der des präsumtiven Thronfolgers und der der meisten Erzherzoge in Betracht kommt, durch und durch verpfafft; in Ungarn eine starke klerikale Partei im Aufsteigen . . . Kurz, es ist für die Rößlinge in Oesterreich eine Zeit, in der sie Ursache haben, freudig erregt zu sein; sie brauchen ihre Zukunftspläne nicht mehr vorsichtig zu verhüllen.

Und diese Zukunftspläne, die sie selbst für durchaus realisierbar halten, sind: Eroberung Oesterreich-Ungarns, Beherrschung der Gesetzgebung und Verwaltung, des Unterrichts von der Volksschule bis zur zur Universität, Unterordnung des gesamten öffentlichen und Familienlebens unter den Einfluß der katholischen Kirche, Wiederherstellung der päpstlichen Vorherrschaft über Oesterreich-Ungarn, Deutschland, Frankreich und Italien . . . . ein katholisches Weltreich, ein klerikales Imperium mundi — das ist das Endziel des päpstlichen Imperialismus! Und Oesterreich-Ungarn soll die Operationsbasis sein, von der aus der fanatische Krieg gegen alle Voraussetzungen des modernen Lebens, gegen Wissenschaft und Kunst, gegen die freie Forschung und die Gewissensfreiheit ihren glorreichen Anfang nimmt, von wo aus Nationen und Staaten, Klassen und Einrichtungen das römische Joch auferlegt werden soll. Die unbezähmbare Herrschsucht züngelt aus allen Aeußerungen der klerikalen Führer hervor, und kein Gebiet des gesellschaftlichen Lebens ist ihnen zu minderwertig, als daß sie es nicht dem päpstlichen Machtgebot unterstellen wollten. Militarismus und Bureaukratie, Bourgeoisie und Proletariat, ebenso wie Adel und Bauerntum — alles soll ihnen untertan sein! Zu diesem Zwecke haben sie in Wien das Kleinbürgertum, auf dem Lande das Bauernvolk mobilisiert, haben sie einen katholischen Schulverein, einen Bonifazinsverein gegründet. Schon bestehen zahlreiche klerikale Bildungsanstalten für angehende Lehrer und Lehrerinnen, die natürlich alle untergebracht werden müssen; für junge Kandidaten und Beamte, denen man Stellen verschafft, durch die man sie zur Dankbarkeit verpflichtet. Die Presse wird in größtem Umfange gefördert und unterstützt; in Wien allein sind vier klerikale Tageszeitungen und die Provinz wird mit Pfaffenblättern geradezu überschwemmt. Das nächste Hauptziel ist die Errichtung einer katholischen Universität in Salzburg und die Eroberung der staatlichen Universitäten, welche übrigens heute schon mit Pfäfflingen — nicht bloß von der theologischen Fakultät — durchsetzt sind und die durch klerikale Studentenverbindungen förmlich belagert werden.

Ein Hauptaugenmerk wird natürlich der sozialen Frage zugewendet. Mittelstand und Kleingewerbe sind bereits zum großen Teile vor den Siegeswagen des Papismus gespannt; nun handelt es sich darum, auch das Proletariat einzufangen. Man agitiert und organisiert „gelbe Gewerkschaften“, und katholische Jünglings- und Gesellenvereine sprießen, Stumpfblumen gleich, aus dem von Pfaffengeld gedüngten Boden empor. Denn das ist der Ehrgeiz, ist das Lebensprinzip der schwarzen Lebensverneiner: alle Klassen, alle Schichten und „Stände“, alle Rassen und Nationen, alle und alles zu vereinen im Schoße der alleinseligmachenden Kirche und zu einer Gesamtheit — zum Katholizismus — zusammenzuschnüren.

Aber da ist der Punkt, wo der Klerikalismus verwundbar ist, da seine Achillesferse: Am Proletariate findet seine Allmacht eine Grenze, die er nicht zu überschreiten vermag trotz aller Mücken und Tücken, die er anwendet, trotz raffiniertester Hinterlist und größter Kraftanstrengung. Die Lebensbedingungen der modernen Gesellschaft werden vor allem im Proletariate verspürt und getroffen. Der Kapitalismus kann nicht gefaßt, nicht bekämpft und nicht — verteidigt werden ohne das Proletariat. Denn dieses ist sein agilster, sein wehrhaftester und härtester Faktor, der durch die Natur der Verhältnisse gezwungen ist, den Kapitalismus zu bekämpfen, der sich aber von ihm nicht befreien kann, ohne zugleich den Klerikalismus zu entwurzeln. Klassenkampf und Katholizismus schließen einander aus!

Die klerikale Partei kann darum ihr Ziel nur durch Umsturz und Revolution erreichen. Wenn von irgend einer Partei das mit gutem Fug behauptet werden kann, so vom Klerikalismus, der — wie die jüngsten Enunziationen des Papstes erkennen lassen — keine Versöhnung mit der bürgerlichen Gesellschaft und ihren geistigen und politischen Voraussetzungen kennt und jeden Ausgleich mit ihr schroff ablehnt, sich vielmehr der ganzen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung mit blindem Eifer entgegenwirft, gerade jener Entwicklung also, an deren Beschleunigung die Arbeiter ein so lebendiges, brennendes Interesse haben. Eine ungestörte Abwicklung der kapitalistischen Nabelschnur paßt natürlich dem Katholizismus nicht in den Kram; denn er, der jede Lebensäußerung verneint, negiert auch die Lebensbedingungen des Kapitalismus, der ohne Entwicklung der Technik und Wissenschaft, ohne wirtschaftliche Freiheiten und ohne fortwährende Erneuerung der Erwerbsmöglichkeiten nicht atmen, nicht existieren kann. Leben setzt Bewegung, Entwicklung voraus, und diese findet ihren Todfeind im Klerikalismus, ihren glühendsten Verteidiger im Sozialismus.

Was die schwarzen Vögel in Oesterreich aus ihren Höhlen ans Tageslicht lockt, ist die Tatsache, daß dieser Staat heute in einem Uebergangsstadium sich befindet, daß die klerikale Partei von den Umwälzungen auf allen Gebieten beunruhigt wird. Viele französische Ordensleute haben sich hierher geflüchtet, und nun müssen sie wahrnehmen, daß sie auf dem Eise treiben, daß der Boden unter ihren Füßen ein „Trottoir roulant“ ist. Der Industrialismus greift mächtig aus, mit ihm das Proletariat. Da kann die klerikale Partei nicht länger an sich halten, und aus den Katholikentagen, den Versammlungen frommer Papstgläubiger werden politische Hetz- und Agitationskongresse, auf welchen allerhand Kapuzinaden darüber hinwegtäuschen sollen, daß die Klerikalen die erbittertsten Feinde des Proletariats nicht nur, sondern der Menschheit und aller Kultur sind.

S. K.

Politische Uebersicht.

Aus dem Reichstag.

Berlin, 29. November.

Auf Veranlassung unseres Genossen Molkenbuhr gab bei der heutigen zweiten Beratung des Unfallversicherungsvertrages mit den Niederlanden der Regierungsvertreter Geheimrat Caspar die bindende Erklärung ab, daß deutsche Arbeiter in holländischen Betrieben im Deutschen Reiche dem deutschen Unfallversicherungsgesetze unterstehen, selbst wenn die Mehrzahl der in den betreffenden Betrieben beschäftigten Arbeiter Holländer sind, für die das deutsche Gesetz nicht gilt. Daraufhin wurde der Vertrag einstimmig angenommen.

Darauf wurde die Etatsberatung fortgesetzt und der preußische Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben ergriff das Wort, um mit noch größerer Schärfe als gestern der Reichsschatzsekretär den linken Blockbrüdern zu versichern, daß es der Regierung absolut nicht einfalle, ihren Standpunkt in bezug auf direkte Steuern zu verändern, ebensowenig, wie von einer Verschärfung der Erbschaftssteuer die Rede sein könne. Höhnend rückte er den Nationalliberalen vor, daß sie bisher stets — auch bei der letzten „Finanzreform“ im vorigen Jahre noch — ihrer Vorliebe für indirekte Steuern Ausdruck verliehen und knüpfte daran die Hoffnung, daß sie auch diesmal, trotz der Liebeserklärung Bassermanns für die neue Liebe der direkten zu der alten Liebe der indirekten zurückkehren würden. Einleitend gab der preußische Finanzminister nunmehr zu, daß die deutsche Regierung in der Fixigkeit des Schuldenmachens denen aller anderen modernen Staaten über sei und daß sich die deutsche Reichsschuld in einer Zeit, in der die Franzosen gar keine neuen Schulden gemacht haben, nahezu verzehnfacht habe. Aber ebenso wenig wie sein Kollege Freiherr von Stengel zog Herr von Rheinbaben den naheliegenden Schluß aus seinen finanzpolitischen Erwägungen, daß nun endlich einmal der Hebel, dem stets wachsenden Reichsdefizit Einhalt zu gebieten, an der richtigen Stelle, und zwar an den von Jahr zu Jahr mehr verschlingenden Ausgaben für den Militärmoloch zu Wasser und zu Lande angesetzt werden muß. Gegenüber der von Bassermann gestern angedeuteten neuen Steuerquelle, die Wehr-, resp. Krüppelsteuer, hielt der Finanzminister seine, schon bei der vorjährigen Beratung der Finanzreformvorlage in der Kommission sowohl, wie im Plenum eingenommene ablehnende Haltung aufrecht, wie er hervorhob, in Uebereinstimmung mit dem ganzen Bundesrat.

Nunmehr gelangte unser Genosse Bebel zum Wort. Anknüpfend an die vom Reichsschatzsekretär gestern und heute vom preußischen Finanzminister so schwarz wie irgend möglich dargestellte Finanzlage des Reiches ging er zu einer Beleuchtung der ganzen wirtschaftlichen Lage über, in scharfen Strichen das durch die geradezu unsinnige Zoll- und Handelspolitik, und Steuerpolitik, der sich in der jüngsten Zeit die Krise angeschlossen hat, immer mehr und grauenhafter anwachsende Elend der großen Massen der Bevölkerung zeichnend, stellte er diesen gegenüber das von Dernburg in seinen Wahlagitationsreden stets mit so großer Genugtuung hervorgehobene ungeheure Anwachsen des Nationalvermögens. Auf etwa dreißig tausend Millionen Mark beläuft sich nach Dernburg in dem letzten Jahrzehnt dieses Aufschnellen des Unternehmergewinns, wohingegen das nicht einmal allgemeine Steigen der Arbeitslöhne so minimal sei, daß es gar nicht ins Gewicht falle, zumal die Lebensmittelpreise, die Verteurung der allernotwendigsten Nahrungsmittel so rapide angewachsen sei, daß heute schon die allerbedenklichsten Anzeichen einer beginnenden Hungersnot, eines Notstandes allerschlimmster Art in die Erscheinung treten. Und trotz alledem fordere die Regierung bedeutende Summen mehr für unproduktive Zwecke und neue indirekte Steuern, die wiederum von der Masse des arbeitenden Volkes aufgebracht werden sollen. Die als Friedenskonferenz bezeichnete Haager Komödie, sowie die gesamte auswärtige Politik, die, die innere Politik kennzeichnenden jüngsten Sensationsprozesse, u. a. m., zog Bebel in den Kreis seiner schneidenden Kritik, sich verschiedene Gegenstände für eine spätere Gelegenheit vorbehaltend.

Der Kriegsminister v. Einem, der nach Bebel kam, bemühte sich nachzuweisen, daß er und die verantwortlichen Stellen der Armeeverwaltung von all den Dingen, die in dem Harden-Moltkeprozeß zur Sprache gebracht worden sind, soweit sie die Armee betreffen, keine Kenntnis gehabt. Das muß um so verwunderlicher erscheinen, als er doch von der von ihm zugegebenen Tatsache Kenntnis gehabt hat, daß an die Mannschaften eines Regiments das bekannte Verbot erlassen ist, mit weißen Hosen und Kanonenstiefeln auszugehen. Sollte er bezw. die verantwortlichen Stellen der Armeeverwaltung denn gar keine Nachforschungen angestellt haben, aus welchem Grunde der betreffende Regimentskommandeur das Verbot erlassen hat? Ueber diese Frage kommt der Herr Kriegsminister nicht hinweg. In längeren Ausführungen suchte er dann die in Frage kommenden höheren Offiziere zu entlasten und die Versicherung abzugeben, daß die begonnene Reinigung mit dem eisernen Besen zu Ende geführt werden und alle unwürdigen Elemente ohne Ansehen der Person aus der Armee hinausbefördert werden würden.

In später Stunde erhob sich dann noch der Reichskanzler Fürst Bülow, um seine auswärtige Politik, sowie seine aufrechte Haltung dem Kaiser gegenüber in tönenden Phrasen zu lobpreisen. Sowohl über die auswärtige Politik wie über die von ihm über das Bohnenlied gelobte Haager Friedenskonferenz machte er sich anheischig, dem hohen Hause in der Form von Weißbüchern näheres mitzuteilen, selbstverständlich mit der Einschränkung, so viel wie er für gut befindet. Zum Schluß vergnügte er sich und die Blockgenossen mit einigen recht schalen und seichten Späßchen und Mätzchen über die rote Kamarilla und Hintertreppenpolitik des Königs Demos. Dabei passierte ihm auch heute wieder das Malheur des Ausgleitens der Zunge. Nachdem er sich gestern und heute schon bemühte, seine früheren Bemerkungen über die Hof-Kamarilla abzuschwächen und umzuformen und den Nachweis zu führen, daß es unter Wilhelm II. nie eine Kamarilla gegeben habe und nie eine geben werde, entfuhr ihm die Bemerkung, daß in anderen Ländern, die er näher kennen gelernt habe, auch in parlamentarisch regierten Ländern die Intriguen und Hintertreppeneinflüsse dort „mindestens eben so blühen“ — „wie bei uns“, wurde ihm von der sozialdemokratischen Fraktion zugerufen, die einzig denkbare Ergänzung seines Ausspruchs. Für diesen Zuruf rächte sich der Herr Reichskanzler dadurch, daß er die Behauptung aufstellte, auch die Sozialdemokratie habe ihre Kamarilla, und ihre Hintertreppeneinflüsse. Die ganze Rede Bülows, namentlich der an Bebel und die Sozialdemokratie adressierte Teil, wurde von dem ganzen Block, namentlich aber von den freisinnigen Blockgenossen von einem fast frenetischen Beifall begleitet und ganz besonders machte sich der freisinnig-volksparteiliche Mätzchenmacher Dr. Müller-Meiningen als Beifallsspender in allernächster Nähe des Reichskanzlers bemerkbar. Der Herr hatte sich nämlich auf der Treppe zur Bundesratstribüne, fast unmittelbar vor dem Reichskanzler placiert, wo er von diesem unter allen Umständen bemerkt werden mußte. Demnach hat der Reichskanzler mit dieser Tonart, die dem Herrn Müller allein zusagende und somit richtig erscheinende getroffen und er wird sich ferner nicht mehr über eine Pastoral-Symphonie dieses hohen Herrn mokieren.

Gegen den Sprachenzwang.

Unter den Litauern ist eine energische Protestbewegung gegen den Sprachenzwang im Vereinsgesetz im Gange. Die Litauer fürchten, wie die „Königsb. Hart. Ztg.“ berichtet, daß die preußische Regierung von dem den Bundesstaaten einzuräumenden Rechte, die litauische Sprache als Verhandlungssprache zuzulassen, keinen Gebrauch machen wird, oder daß, wenn sie davon Gebrauch machen sollte, die Bestimmung praktisch außer Kraft gesetzt werden wird, wie es mit dem auf den fremdsprachlichen Religionsunterricht bezüglichen Teile der Allgemeinen Bestimmungen vom Jahre 1873 der Fall war. Nach diesen Bestimmungen sollte der Religionsunterricht an litauisch sprechende Kinder in litauischer Sprache erteilt werden dürfen, in Wirklichkeit ist dies aber nur selten geschehen. Noch in neuerer Zeit ist sogar ein Lehrer, der nach Ansicht der Regierung zu viel in litauischer Sprache unterrichtete, mit einem Verweise bestraft und ein anderer aus demselben Grunde strafversetzt worden.

Es werden unter den Litauern Unterschriften zu Petitionen an den Bundesrat, den Reichstag und den Kaiser gesammelt. Bis jetzt sind etwa 15 000 Unterschriften eingegangen. Alle Kreise mit litauischer Bevölkerung gedenken besondere Petitionen abzusenden. Außerdem sollen besondere Deputationen mit den Abgeordneten ihrer Wahlkreise über die Angelegenheit persönlich Rücksprache nehmen.

Die Besorgnisse der Litauer sind durchaus begründet. Durch das im Reichsvereinsgesetz vorgesehene diskretionäre Ermessen der Regierungen, eine fremde Sprache als Versammlungssprache zuzulassen oder nicht, werden alle fremdsprachlichen Reichsbewohner völlig der Gnade oder Ungnade der Regierung überantwortet. Also auch die Litauer. Sie werden auf das „Wohlwollen“ der Regierung nur solange rechnen können, als sie sich als „artige Kinder“ erweisen. Sobald sie nur im geringsten Miene machen sollten, eine oppositionelle Stellung einzunehmen, wird es mit dem „Wohlwollen“ und auch mit der Benutzung der Muttersprache in ihren Versammlungen vorbei sein. Gegen dieses Mittel zur Unterdrückung jeder Opposition sich zu wehren, haben alle fremdsprachlichen Elemente geradezu eine Pflicht. Sie werden alle gerecht denkenden Deutschen dabei auf ihrer Seite haben.

Der Freisinn und der Sprachenzwang.

Zu dem Sprachenzwang im Reichsvereinsgesetzentwurf nimmt das offizielle Parteiorgan der Freisinnigen Volkspartei, die „Freis. Ztg.“ in so eigenartiger Weise Stellung, daß man darin nur die Vorbereitung einer Zustimmung sehen kann. Nach Darlegung des Gedankenganges der Begründung des Sprachenzwanges in der Vorlage schreibt das genannte Blatt:

„Es wird der näheren Beratung im Landtage (muß heißen: Reichstage. R. d. „E.“) überlassen bleiben müssen, zu untersuchen, in welchem Umfange die hier mitgeteilten Ansichten zutreffend sind, und ob und wie weit es nötig ist, die Frage der Sprache in den Versammlungen gesetzlich zu regeln. Soweit man bisher übersehen kann, erscheint es allerdings nicht unbillig, wenn die Polizeibehörde in den Stand gesetzt sein will, zu kontrollieren, was in öffentlichen Versammlungen gesprochen wird. Die Möglichkeit der Kontrolle würde aber wegfallen, wenn die Verhandlungen in einer Sprache stattfinden, der der überwachende Polizeibeamte nicht folgen kann. Immerhin muß die Angelegenheit mit der größten Sorgfalt behandelt werden, um fremdsprachliche Staatsangehörige, die sich bisher stets als gute Deutsche gezeigt haben, nicht dem Staatsgedanken zu entfremden und um nicht in anderen Fällen den Nationalitätenzwist noch zu schüren. In Summa ergibt sich, daß der Vereinsgesetzentwurf nach vielen Richtungen hin für die meisten Bundesstaaten einen Fortschritt darstellt, daß aber Abänderungen im einzelnen erforderlich sein werden, um den der Vorlage zu grunde liegenden Gedanken der Vereins- und Versammlungsfreiheit deutlicher zum Ausdruck zu bringen.“

In der Redaktion der „Freis. Ztg.“ scheint man danach bereits von allen Geistern des Liberalismus verlassen zu sein. Ein wirklich freies Versammlungsrecht nach alten liberalen Grundsätzen darf keine Polizeiaufsicht kennen. Daß aber gar es nicht Aufgabe der Polizei, sondern der Versammelten sein soll, die polizeiliche Kontrolle zu ermöglichen, spricht auch dem verwässertsten Liberalismus Hohn. Wenn die Polizei das Bedürfnis hat, sich in die Angelegenheiten der Staatsbürger einzumischen, so mag sie sich wenigstens die Mittel dazu schaffen. Daß aber Staatsbürger auf das Recht des Gebrauchs der Muttersprache verzichten sollen, damit die Polizei in die Möglichkeit der Kontrolle versetzt werde, das kann wohl von einem ausgesprochen Reaktionär gefordert werden; ein „Liberaler“ blamiert seinen „Liberalismus“ damit bis auf die Knochen.

Und nun gar die feine Unterscheidung bezüglich der fremdsprachlichen Staatsangehörigen, „die sich bisher stets als gute Deutsche gezeigt haben“. Nur deretwegen will das „freisinnige“ Organ die sorgfältige Prüfung! Ist denn nach modernen „liberalen“ Grundsätzen „gute Gesinnung“ Voraussetzung für die gleichberechtigte Behandlung der Staatsbürger? Dann rechtfertigt dieser „Liberalismus“ noch nachträglich alle die Schikanen, welche die wirklich liberalen Leute vergangener Zeiten durch die damaligen Regierungen und Behörden erdulden haben, denn nach letzterer Meinung fehlte damals den Liberalen die „gute Gesinnung“.

Unsere modernen Freisinnigen scheinen auf dem besten Wege zu sein, sich diese „gute Gesinnung“ anzueignen. Freilich, mit dem ehrlichen Liberalismus ist es dann vorbei.

Verwehen die Illusionen?

Dr. Theodor Barth, der von vornherein ein entschiedener Gegner des Blockunsinns gewesen ist, durch den die Führer der freisinnigen Fraktionen sich haben blenden und ins Schlepptau nehmen lassen, weist in der „Neuen Rundschau“ abermals darauf hin, welch eine Torheit es sei, von den preußischen Junkern zu erwarten, daß sie liberale Politik machen helfen würden, sie hätten nicht die geringste Neigung, zu Gunsten des Liberalismus freiwillig aus irgend einer Position zu weichen. Allerdings könne das preußische Junkertum dazu gezwungen werden, aber nur von einer Regierung, die bereit sei, das widerstrebende Junkertum „an die Wand zu drücken, daß es quietscht“. Da aber Junker und Agrarier nicht die geringste Besorgnis haben, daß Bülow die Stützen von Thron und Altar nachdrücklich anfassen werde, so besteht nach Barths Meinung die diplomatische Aufgabe Bülows darin, an den Liberalen das vorzunehmen, was die Physiologen eine Scheinfütterung nennen. Barth führt dann weiter aus:

„Vor allem muß es ihm jetzt darauf ankommen, das Ufer der nächsten preußischen Landtagswahlen glücklich zu erreichen, ohne vom Linksliberalismus gezwungen zu werden, in der Frage der preußischen Wahlrechtsreform Farbe zu bekennen. In dem elendesten aller Wahlsysteme stecken heute die Hauptwurzeln der politischen Macht des preußischen Junkertums. Es hat sich deshalb bisher allen Reformversuchen gegenüber völlig intransigent erwiesen; sein Widerstand kann nur gebrochen werden, wenn der demokratische Unwille über den heillosen Wahlrechtsunfug in Preußen die stärksten agitatorischen Akzente findet, die selbst eine widerwillige Regierung zur Initiative zwingen. Das Gebot der politischen Lage ist deshalb nicht Versöhnung, sondern Kampf. Die Bülowsche Blockpolitik zielt darauf ab, die öffentliche Meinung über die Gegensätze zwischen Konservativen und Liberalen hinwegzutäuschen, dem Liberalismus gegenüber zu temporisieren, ihn möglichst lange in der Gewehr bei Fuß-Attitüde zu halten, und damit seine Stoßkraft auch für später nach dem Erwachen aus dem Blocktraum zu lähmen. Es gibt keine undankbarere Rolle für eine politische Partei, als die des Dupierten. Es liegt deshalb im dringenden Interesse des demokratischen Liberalismus, daß der Prozeß der Desillusionierung sich möglichst rasch vollzieht.“

Das wäre in der Tat zu wünschen. Bisher haben aber die Parlamentsgrößen des Freisinns alles getan, um die Blockillusionen in ihren Parteigenossen im Lande zu nähren; sie haben sich selbst in solchen Illusionen gewiegt und haben es den wenigen freisinnigen Politikern, die verständig genug waren, den Blockunsinn von vornherein zu durchschauen und ihn deshalb zu bekämpfen, sehr verargt, daß sie den Blocktrummel nicht mitmachen wollten, und sie deshalb in gehässigster Weise bekämpft. Aber jetzt werden, wie Barth mit Recht betont, dem Liberalismus reaktionäre Zumutungen gemacht, die weit über das hinausgehen, was bisher in der Bülowschen Aera für erträglich gehalten wurde. „Nicht nur, daß die protektionistische Verteurungspolitik unter dem Beifall des prokribierten Zentrums als rocher de bronce den freisinnigen Blockfreunden erneut vors Gesicht gerückt ist, wird der Gedanke, direkte Reichssteuern bei der Ordnung der heillos verfahrenen Reichsfinanzwirtschaft a limine abgelehnt, und